

BREXIT



ALLES AUF ANFANG ODER WEITER SO? – EUROPAPOLITISCHE JUGENDBILDUNG UND EUROPAS KRISEN

Der Konsens bröckelt und über die Ausgestaltung des Europäischen Einigungsprozesses wird heute anders gestritten als noch vor zehn Jahren. Das Spannungsfeld zwischen der Erfahrungswelt der Jugendlichen und dem europäischen Mehrebenensystem ist durch eine stetige Politisierung europäischer Themen und gerade auch in einem Europa im Krisenmodus kleiner geworden. Dieser Entwicklung muss sich die europabezogene politische Jugendbildung annehmen und die daraus entstehenden Möglichkeiten aufgreifen. Insbesondere in der Auseinandersetzung mit der Europäischen Union (EU) haben es Jugendliche und politische Bildner*innen in den letzten Jahren gehäuft mit Grundsatzfragen zu tun. Wie kann der Schwung, den europapolitische Fragestellungen erhalten haben, durch Angebote der politischen Bildung aufgenommen werden, um bei Jugendlichen die Bereitschaft und Befähigung zu fördern, sich an der Aushandlung der Grundsatzfragen Europas zu beteiligen?

Europäische Einigung – Vom unstrittigen zum umstrittenen Projekt?

Über die Umsetzung des europäischen Projekts lässt sich heute wieder trefflich streiten. Das war nicht immer so. Bis in die Mitte der 90er Jahre war die Europäische Integration ein meist aus der Ferne betrachteter Prozess, der in seiner Ausgestaltung und Zielrichtung auf breiten Konsens in der Bevölkerung traf. Die EU stand zwar mitunter in dem Ruf, ein elitäres Brüsseler Projekt zu sein, aber eine grundsätzliche Europa-Skepsis war im öffentlichen Diskurs kaum präsent. Diese positive Grundstimmung führte in der Öffentlichkeit jedoch nicht automatisch zu einem erweiterten Interesse an europapolitischen Fragen oder zu einem ausgeprägten Grundwissen zu Arbeitsweisen, Befugnissen und (demokratischer) Performanz. So wird Bürger*innen auch in Deutschland meist eher geringes Wissen zur EU attestiert.¹ In den Medien waren europäische Themen lange Zeit Ladenhüter, die es selten auf die Titelseiten schafften. Anders als heute hätten Talkshows, die ein europäisches Thema für die Gesprächsrunde gesetzt hätten, wohl um ihre Quote bangen müssen. Unwissen und Desinteresse gepaart mit einer integrationsfreudigen Grundstimmung in den Bevölkerungslagen ermöglichten den europäischen Verwaltungseliten Handlungsspielräume, wie sie im nationalen Kontext selten vorkommen.

Nach der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht Mitte der 90er Jahre sanken erstmals die Zustimmungszahlen hinsichtlich einer positiven Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes, bevor sie in den 2000er Jahren wieder anstiegen.² Dieser erste Einbruch fiel zusammen mit dem größten Integrationsfortschritt in der europäischen Einigungsgeschichte und markiert die Weichenstellung, mit der sich die EU von einem weitgehend ökonomischen auch zu einem politischen Einigungsprojekt entwickeln konnte. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde der Weg in die Währungsunion geebnet, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik begründet und es wurden grundlegende Arbeitsrechtbestimmungen verabschiedet. Europa wurde zu diesem Zeitpunkt schlagartig zum Thema. Schon weit vor den anhaltenden Krisenphänomenen in Europa, die uns heute beschäftigen, gab es also Schwankungen in den Zustimmungswerten zur Europäischen Integration. Der kausale Zusammenhang für diese Entwicklung lässt sich nicht sicher herstellen. Es ist jedoch naheliegend, dass die Zustimmungswerte eng mit dem Ausmaß der tatsächlichen oder gefühlten Betroffenheit der Bürger*innen durch europapolitische Entscheidungen zusammenhängen.³ Interessanterweise steigt

mit dem Grad der persönlichen Betroffenheit aber nicht die Partizipationsbereitschaft auf der europäischen Ebene. Konkret lässt sich dies an der rückgängigen Entwicklung der Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament seit Mitte der 90er Jahre festmachen. Dieser gegenläufige Trend wirft insbesondere auch für die politische Jugendbeteiligung auf europäischer Ebene Fragen auf.

2016 beschreibt Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union ein Europa, das sich in einer existenziellen Krise befindet. Ob Brexit, die Verschuldungskrise, die sogenannte Flüchtlingskrise oder der geopolitische Konflikt mit Russland: Die EU hat es seit mehr als einem halben Jahrzehnt mit diversen Krisenherden gleichzeitig zu tun.

Der negative Effekt auf den öffentlichen Grundkonsens bleibt nicht aus. Die Zustimmungswerte zur Europäischen Integration sinken aktuell europaweit.⁴ Doch mit dem Krisenmodus steigt wiederum die persönliche Betroffenheit hinsichtlich europapolitischer Fragestellungen. Zumindest legt das gesteigerte Interesse an europapolitischen Themen diese Schlussfolgerung nahe. **EU-Themen haben Hochkonjunktur in den Medien, in den Kommentarspalten der Onlineforen, in den Hochschulen, Klassenzimmern und in der außerschulischen Bildung. Diese Entwicklung kann für die Auseinandersetzung mit europapolitischen Themen auch Chancen eröffnen.** Doch wie können politische Bildner*innen diese Chancen nutzen? Was bedeutet diese krisenerzeugte Konjunktur der Europathemen für Jugendliche und junge Erwachsene, die sich an die EU auf Erfolgskurs und in ruhigen Fahrwassern kaum mehr erinnern können? Wie verändert sich die Auseinandersetzung mit der EU in der Jugendbildungsarbeit, wenn der Dissens zur Norm geworden ist?

Politische Jugendbildung für mehr Jugendbeteiligung in einem krisenbewegten Europa

Eine erhöhte persönliche Betroffenheit durch europäische Entscheidungen hat auch einen größeren Legitimationsbedarf des Europäischen Einigungsprojekts zu Folge.⁵ Aktuell hat es nicht den Anschein, als würde diese Lücke von den Europabefürwortern gefüllt. Am Beispiel des Brexit-Votums hat sich gezeigt, dass junge Wähler*innen zwar deutlich zu den Europabefürwortern zählten, jedoch zu wenige von ihnen ihr Wahlrecht wahrnahmen⁶. Gerade ein dynamisches Projekt wie die europäische Einigung braucht aber aktive Gestalter*innen heute und in Zukunft. Bürger*innen, die sich ihrer Selbstwirksamkeit bewusst sind, europäische Politikkompetenz besitzen und diese auch anwenden möchten. **Der heute jungen Generation wird die Entscheidung zufallen, ob die Europäische Union künftig weiter zusammenrückt und sich politisiert oder ob sich die Mitgliedsländer schrittweise in nationale Handlungs- und Entscheidungsräume zurückziehen.** Für die politische Jugendbildung bedeutet dies eine klare Aufgabe, was die Unterstützung der Handlungsorientierung junger Menschen auf europäischer Ebene betrifft.

In der politischen Europabildung wurde der bestehende Grundkonsens hinsichtlich der Europäischen Einigung häufig aufgenommen und in Konzepte für eine europäische Bürgerschaftsbildung übersetzt. Die Europabildung sollte damit einen Beitrag dazu leisten, ein europäisches Zugehörigkeitsgefühl herauszubilden⁷ oder für den Europäischen Einigungsprozess zu begeistern.⁸ Diese Bildung für Europa brachte implizit die Erwartung mit ein, dass sie an der Legitimation des europäischen Projekts und einer positiven Grundhaltung mitzuwirken habe. Der partizipatorische Ansatz, der Entscheidungsfreiräume für Jugendliche und junge Erwachsene schaffen soll, ist nur schwer vereinbar mit der Aufgabe, eine pro-europäische Haltung befördern zu wollen. Sicherlich ist die wirtschaftliche und politische Integration in weiten Teilen unumkehrbar. Umso mehr müssen junge Menschen Gestaltungsräume und Visionen für die Weiterentwicklung des Europäischen Einigungsprozesses aufgezeigt bekommen. Das kann gelingen, wenn die Politikdidaktik es vermag, einige Widersprüche der Europabildung offen zu thematisieren und die neue krisenbedingte Ausgangslage als Chance für die Weiterentwicklung der Europabildung aufzugreifen. Einige mögliche Ansatzpunkte sollen hier im Folgenden diskutiert werden.

Erstens das Potenzial einer zukunftsgerichteten und ergebnisoffenen Auseinandersetzung mit Europas Leitbildern und Errungenschaften. Zweitens die Notwendigkeit einer kritischen Bearbeitung von innereuropäischen Machtverhältnissen. Und drittens eine realistische Auseinandersetzung und Erprobung von Beteiligungsmöglichkeiten auf der europäischen Ebene.

Europäische Leitbilder und ihre Widersprüche zum Thema machen

Bestehende Leitbilder der Europäischen Einigung werden oft als Ausgangslage für die Konzeption europabezogener Bildungsarbeit gewählt. Wichtige Leitbilder sind beispielsweise Sicherheit, Mobilität und Wohlstand. Hierbei ist es auffällig, dass diese Leitbilder dazu einladen, eine Kosten-Nutzen-Rechnung zu erstellen. Wird der Nutzen in diesen Bereichen nicht mehr deutlich, entsteht folgerichtig ein neuer Begründungsbedarf für den Europäischen Einigungsprozess. Die Europäische Union bringt ohne Zweifel nie zuvor erreichte Freiheiten, Vorteile und Möglichkeiten für jeden und jede EU-Bürger*in mit sich. Trotzdem beschreiben diese Leitbilder Ziele, die in der Europäischen Union schon lange zur Errungenschaft geworden sind und für Jugendliche Teil ihrer Sozialisation und Lebenswelt sind. Ein Widerspruch ergibt sich spätestens dann, wenn die Kosten-Nutzen-Rechnung in Krisenzeiten nicht mehr ohne weiteres aufgeht. Der Widerspruch wird konkret, wenn – wie im Falle Griechenlands – der freie Wettbewerb im Binnenmarkt für einzelne Mitgliedstaaten keinen Vorteil mehr darstellt. Der Widerspruch wird auch deutlich, wenn Jugendliche mit jungen Geflüchteten in Kontakt kommen, die nicht im gleichen Maße die Freiheit und die Vorteile der Entgrenzung für sich nutzen können. Diese Widersprüche gilt es in der politischen Europabildung kritisch aufzuarbeiten. Es muss darum gehen, Europa jenseits von der Kosten-Nutzen-Rechnung zu behandeln und eventuell neue Werte und Leitbilder für das Verständnis der europäischen Zusammenarbeit heranzuziehen.

Im Falle des Leitbilds eines geeinten Europas, das zu einer Aussöhnung der Staaten und ihren Bevölkerungen geführt hat, kann die Rolle der EU bezüglich der Friedenssicherung heute analysiert werden. Zum Beispiel in der Auseinandersetzung Jugendlicher mit der Frage, was die EU heute tun müsste, damit sie in 50 Jahren noch einmal den Friedensnobelpreis verliehen bekäme. Eine Vermittlung der Errungenschaften funktioniert nicht, wenn die Erzählung in der Gegenwart endet. Errungenschaften müssen auch den Blick nach vorne öffnen können, um jungen Menschen einen aktuellen Zugang zu europäischen Gründungsideen zu ermöglichen. Ein weiteres Beispiel lässt sich in Bezug auf die Finanz- und Wirtschaftskrise nennen.



In Bildungsformaten, die sich mit der Krise beschäftigten, kam in verschiedenen Zusammenhängen gehäuft das Thema der innereuropäischen Solidarität auf. Im Gefüge der Kosten-Nutzen-Rechnung ist Solidarität bisher nicht als Leitbild vorgesehen. In der Gründungs- und Erweiterungsgeschichte der EU ist die Win-Win-Situation der dominante Erzählrahmen. Wenn für Jugendliche in der Auseinandersetzung mit aktuellen europäischen Krisenphänomenen das Thema der Solidarität aufkommt, so muss die Randständigkeit dieses Leitbilds in der bestehenden Erzählung kritisch bearbeitet werden. Wo genau spielt in der Finanz- und Verschuldungskrise Solidarität für uns eine Rolle? Wollen wir, dass die EU solidarischer wird? Was bedeutet eine solidarischere EU für die wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Mitglieder? Was steht einer solidarischen EU heute entgegen? **Die Beschäftigung mit Europas Leitbildern und Errungenschaften sollte auf die Vergangenheit, die Gegenwart und auf die Zukunft bezogen werden.** Dies kann in der Arbeit mit Jugendlichen mittels Zukunftswerkstätten, der Szenariomethode oder der Entwicklung eines Zeitstrahls gelingen, der neben Ereignissen der Vergangenheit auch von den Jugendlichen erwünschte Ereignisse der Zukunft abbildet.

Die Motivation an Europa zu partizipieren, kann erfolgreicher befördert werden, wenn es nicht mehr darum geht, einen Grundkonsens aus der Vergangenheit zu erhalten oder wiederherstellen zu wollen. Junge Menschen verfügen in der Tendenz über ein positiveres und weniger von Angst und Skepsis überschattetes Europabild als Erwachsene.⁹ Wäre ihnen daher eine offene Auseinandersetzung mit den Leitbildern der Europäischen Union und ihren Widersprüchen in der Realität nicht zuzutrauen?

Handlungsebenen verdeutlichen und Deutschlands Rolle in Europa reflektieren

Die europapolitische Bildungsarbeit hat – mehr noch als die politische Bildung im nationalen Kontext – die Herausforderung der Komplexitätsreduktion zu bewältigen. Frustration entsteht, wenn der Durchblick schwerfällt und die tatsächlich Handelnden hinter nichtssagenden Bezeichnungen von Institutionen verschwinden. Die häufig auch medial zu findende pauschale Aussage: „Brüssel entscheidet über...“ verstärkt den Eindruck eines fernen „Planeten Brüssel“, auf dem Entscheidungen „über unsere Köpfe hinweg“ und ohne die Berücksichtigung der Interessen „unseres Landes“ getroffen werden. Mithilfe der Frage „Wer ist die EU in diesem Fall?“ lässt sich die Handlungsebene bei einer einzelnen aktuellen Fragestellung in der politischen Bildungsarbeit auch klären, ohne die gesamte Komplexität des Binnenmarkts zu behandeln.¹⁰ Wer ist die EU, wenn in einem Zeitungsartikel von „Brüssel“ die Rede ist? In welcher Form ist Deutschland vertreten, wenn das Europäische Parlament oder der Europäische Rat tagen? Wie werden deutsche Interessen artikuliert, wenn es um einen „Krisengipfel zur Verschuldungskrise“ oder um einen „Gesetzesvorschlag zur Festlegung europaweiter Roaminggebühren“ geht? Anhand dieser konkreten Fallbeispiele muss diskutiert werden, wieso deutsche Interessen in dem jeweiligen Fall durch die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und manchmal durch Angela Merkel wahrgenommen werden. An diesem Punkt können Möglichkeiten entstehen, gemeinsam die gewählten oder festgelegten Entscheidungsebenen sowie die Transparenz der Entscheidungsprozesse kritisch zu hinterfragen.



Ebenso pauschal wie das Wort „Brüssel“ für einen Kosmos an Handlungs- und Entscheidungsebenen benutzt wird, werden „deutsche Interessen“ in europapolitischen Debatten häufig nicht genügend ausdifferenziert. Wie entstehen „deutsche Interessen“? Und auf welchen Ebenen werden sie ausgehandelt und artikuliert? Inwiefern kann es rein nationale Interessen in einem geeinten Europa überhaupt noch geben? In der politischen Bildungsarbeit können Jugendliche eine Hilfestellung für die Ausdifferenzierung des Nationalinteresses im Spannungsfeld mit den eigenen oder den Interessen anderer erhalten. Die Analyse von Handlungsebenen und Machtverhältnissen in Europa wird noch wichtiger werden.

Die Rolle, die Deutschland zukünftig in der Europäischen Union einnimmt, ist ein Thema von neuer Relevanz, das sich als Konsequenz aus dem europäischen Krisenmodus ergeben hat. Im deutschen Diskurs wird der Blick wenig beleuchtet, den andere Mitgliedsländer aktuell auf Deutschland richten. Während Deutschland durch seine Größe immer schon eine Sonderrolle in Europa eingenommen hat, hat sich dieses Verhältnis in den letzten Jahren nochmals verstärkt. Deutschland war als wirtschaftsstärkstes Land in Europa am wenigsten von den Konsequenzen der Finanz- und Verschuldungskrise betroffen.

Es nahm in der Aufnahme von Flüchtlingen jüngst eine Sonderrolle in Europa ein, die nicht nur Anerkennung sondern auch Kontroversen ausgelöst hat. Entscheidungen auf europäischer Ebene werden maßgeblich mehr von Deutschland beeinflusst als von anderen Mitgliedstaaten. Deutsche Regierungsvertreter*innen sind namentlich bekannt von Stockholm bis Athen, während in der deutschen Öffentlichkeit nur selten Regierungsvertreter*innen anderer EU-Mitgliedstaaten ins Sichtfeld rücken. Die innereuropäischen Machtverhältnisse werden sich mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU weiter verschärfen. Der Frage, ob die bereits in weiten Teilen vorhandene hegemoniale Rolle Deutschlands Fluch oder Segen für das europäische Einigungsprojekt darstellt, wird auch in der politischen Bildungsarbeit bisher noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Es fehlt an einer tiefgreifenden Reflexion darüber, was diese Schiefelage der innereuropäischen Machtverhältnisse für die gesamteuropäische Demokratie und die Legitimation der EU bedeutet. Dabei werden diese Themen – gerade mit kritischem Blick auf Deutschland – in den nächsten Jahren die drängendsten Grundsatzfragen für die Weiterentwicklung der Europäischen Union bleiben.

Für Jugendliche erschwert ein Ausblenden der bestehenden Machtverhältnisse in der EU die Einnahme von anderen europäischen Perspektiven. Die multiperspektivische Sicht ist jedoch ein wichtiges Grundprinzip der Europabildung. **In der Europabildung mit Jugendlichen müssen innereuropäische Machtverhältnisse heute verstärkt zur Sprache kommen. Der Blick auf Deutschlands Rolle in Europa anbieten.** Ein erfolgversprechender Ansatz ist die gemeinsame Auseinandersetzung mit diesem Thema in europäischen Jugendbegegnungen. Aber auch die Arbeit mit europäischen Medien wie zum Beispiel eurotopics.net oder voxeurop.eu, ermöglicht in der Bildungsarbeit die Diskussion europapolitischer Fragestellungen über den eigenen Tellerrand hinaus.

Europäische Presseschauen in deutscher Sprache:

euro|topics
VOXeurop

Politische Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen und bewerten

Die Auseinandersetzung mit innereuropäischen Machtverhältnissen und unterschiedlichen Handlungsebenen in Europa bietet zwar einen guten Ansatzpunkt für den Austausch über ein mögliches Legitimationsproblem der Europäischen Union, sie thematisiert jedoch nicht die individuellen Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen. Auch hier eröffnet der europäische Krisenmodus neben Schwierigkeiten durchaus auch Chancen. Selten wurde die innereuropäische Vernetzung und Abhängigkeit so deutlich wie in den vergangenen fünf Jahren. Die Entscheidung über eine Grenzschließung in Ungarn hatte unmittelbar Auswirkungen auf die Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Deutschland. Die Konstruktionsfehler im Europäischen Wirtschafts- und Währungssystem wurden in der politischen Jugendbildung plötzlich als Thema interessant, als zum Beispiel die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen südeuropäischen Staaten die wirtschaftlichen Folgen unmittelbar nachvollziehbar machte.

Die aktuelle Brisanz der Frage, wie die Europäische Asyl- und Migrationspolitik weiterentwickelt oder verändert werden sollte, öffnet beispielsweise neue Wege, um Interesse für politische Beteiligung auch jenseits von Wahlbeteiligung

zu wecken. Die Politisierung und Polarisierung von mehr und mehr europäischen Politikbereichen machen jungen Menschen die eigene Betroffenheit durch EU-Themen bewusster und eine angestrebte Urteilsbildung und Positionierung zu ihnen einfacher. Sie verdeutlichen zudem, dass eine Trennung von nationaler und europäischer Politik nicht mehr möglich ist, da europäische Politik immer auch politische Fragen in Deutschland beeinflusst. Die politische Bildungsarbeit kann mit der stärkeren Politisierung europäischer Themen in einem krisen-gezeichneten Europa heute leichter auf inhaltliche Türöffner zurückgreifen, um niedrigschwellige Beteiligungsformen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufzuzeigen.



Neben der Wahlbeteiligung sollten hier auch andere Beteiligungsmöglichkeiten Berücksichtigung finden. Dazu gehören zum Beispiel die Europäische Bürgerinitiative, die Kontaktaufnahme zu den eigenen Europaabgeordneten, die aktive Teilnahme an politischen Debatten durch Leserbriefe, Posts oder Tweets sowie die Mitarbeit bei europaweit agierenden NGOs, europäischen Jugendnetzwerken und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Der Rückgriff auf aktuelle, heiß diskutierte Politikbereiche macht auch ein spielerisches oder echtes Ausprobieren von Beteiligungsmöglichkeiten spannend. Gleichzeitig muss im Vordergrund stehen, mit welchen Themen sich Jugendliche beschäftigen wollen. Die Annahme liegt jedoch nahe, dass sich viele Interessen mit den aktuellen und in den Medien diskutierten Themengebieten decken. Im Rahmen einer Bildungsveranstaltung wäre es so zum Beispiel möglich, gemeinsam an einer Anhörung oder einem Online-Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zu einem bestimmten Thema teilzunehmen oder ein Gespräch mit einer*em Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder einer*em NGO-Vertreter*in aus Brüssel vorzubereiten. Mittels Skype oder Google Hangouts können diese Gespräche auch online stattfinden und müssten nicht zwangsläufig mit einer Brüsselexkursion verbunden werden.

Zu der Auseinandersetzung mit diesen Beteiligungsmöglichkeiten gehört jedoch auch die kritische Bewertung ihrer Erfolgsaussichten. Wie eine Auseinandersetzung über europäische Leitbilder nicht ohne die Diskussion um ihre Widersprüche denkbar ist, so kann Beteiligung auf europäischer Ebene mit Jugendlichen nicht bearbeitet werden, ohne vorhandene Grenzen der Möglichkeiten und die demokratischen Defizite zu problematisieren. Diese Defizite finden sich sowohl auf der regionalen als auch auf der nationalen Ebene. Manchmal sind sie jedoch auch dem besonderen und komplexen Zusammenspiel europäischer Politik geschuldet.

Bildung kann Partizipation nur insofern unterstützen, wie auch eine Responsivität des Systems vorhanden ist. Faire Teilhabechancen und inhaltliche Mitwirkungsmöglichkeiten in der Wirklichkeit lassen sich durch das beste Planspiel nicht ersetzen.

Die Herausforderung speziell für die europapolitische Jugendbildung liegt in der Aufgabe, Gestaltungsspielräume zu öffnen und nicht auf der Ebene des Protestverhaltens zu verharren. Die Rückbesinnung auf nationale Handlungsebenen ist eine schnell getroffene und für viele eine verführerische Schlussfolgerung aus den aktuellen politischen Krisen in Europa. Die Formulierung von Alternativen zur aktuellen Europapolitik und auch zur grundsätzlichen demokratischen Ausgestaltung und Zielrichtung des Europäischen Einigungsprozesses muss mehr Ideen und gedankliche Spielräume bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen wecken.

Das Ringen um Europa wird uns erhalten bleiben. Die Politisierung europäischer Themen ist ebenso wie die erreichte Integrationstiefe innerhalb der Europäischen Union weitgehend unumkehrbar. Damit gehört auch eine unkritische und auf Desinteresse beruhende allgemeine Zustimmung zu europapolitischen Entscheidungen der Vergangenheit an. Fundamentale Europa-Skepsis ist bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen selten anzutreffen. Sie leben und denken bereits größtenteils europäisch. Es geht also nicht mehr darum, sie (wieder) zu überzeugten Europäer*innen zu machen. Vielmehr muss es darum gehen, gemeinsam zu definieren, was es für das eigene politische Handeln heute und in Zukunft bedeutet, überzeugte*r Europäer*in zu sein.



1. Westle, Bettina; Johann, David (2011): Das Wissen der Europäer/innen über die Europäische Union. In: Faas, Thorsten; Arzheimer, Kai; Roßteutscher, Sigrid (Hg.): Information-Wahrnehmung-Emotion. Wiesbaden. S. 353-374.
2. Europäische Kommission (2011): Standard Eurobarometer 75. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Befragung: Mai 2011. Tabellen. Brüssel.
3. Knelangen, Wilhelm (2015): Die Europäische Union und die Bürgerinnen und Bürger: Stimmungsschwankungen oder handfeste Vertrauenskrise?, in: Oberle, Monika (Hg.): Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Wiesbaden, S.13-27.
4. Pew Research Center (2016). Online verfügbar: www.pewglobal.org/2016/06/07/euroskepticism-beyond-brexite, Zugriff: 28.10.2016.
5. Wilde, Pieter; Zürn, Michael. (2012): Can the politicization of European integration be reversed?, in: Journal of Common Market Studies. 50(1). S. 137–153.
6. www.welt.de/politik/ausland/article156576085/Unfassbar-niedrige-Wahlbeteiligung-junger-Briten.html, Zugriff 28.10.2016.
7. Kultusministerkonferenz (2008): Europabildung in der Schule. Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.
8. Kelbling, Michael (2002): Grenzgänge im neuen Europa: Internationale Jugendbildung zwischen Rückzug und Aufbruch, in: kursiv. Heft 2, S. 18-21.
9. Eis, Andreas (2010): Europäische Bürgerschaftsbildung. Die Neukonstruktion der Bürgerrolle im europäischen Mehrebenensystem. Schwalbach.
10. Stratenschulte, Eckart (2015): (Neue) Ansätze in der europapolitischen Bildung, in: Oberle, Monika (Hg.): Die Europäische Union erfolgreich vermitteln, S.213-221.

Hanna Lorenzen ist Bundestutorin der Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung.

*Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole; Lorenzen, Hanna (Hrsg.): Generation Europa – Politische Jugendbildung für das Europa von morgen. Jahrbuch 2016. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 9-17.
www.politische-jugendbildung-et.de*

